

**Frankfurter  
Montags-  
Vorlesungen**

**Politische Streitfragen  
in zeitgeschichtlicher Perspektive**

**Brexit – eine Vorstufe zum Exitus  
oder zur vertieften Integration  
der Europäischen Union?**

Egbert Jahn

24. April 2017

Adresse des Autors:

Prof. em. Dr. Egbert Jahn  
Goethe-Universität Frankfurt am Main  
Fachbereich 03 Gesellschaftswissenschaften  
Institut für Politikwissenschaft  
Theodor W. Adorno-Platz 6  
D-60323 Frankfurt  
Tel.: +49-69-798 36653 (Sekretariat)  
E-mail-Adresse: e.jahn@soz.uni-frankfurt.de  
<http://www.fb03.uni-frankfurt.de/46500384/ejahn>

## **Zusammenfassung**

Vor vier Wochen, am 29. März 2017, hat das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland (V.K.) dem Europäischen Rat seine Absicht mitgeteilt, aus der Europäischen Union auszutreten, nachdem 51,9 Prozent der Briten am 23. Juni 2016 in einer Volksabstimmung dafür gestimmt hatten und das britische Parlament dem Willen der Mehrheit gefolgt war. Damit wurden Verhandlungen in die Wege geleitet, die die Austrittsmodalitäten und die zukünftigen Beziehungen zwischen der EU und dem V.K. in den kommenden zwei Jahren vertraglich regeln sollen. Spätestens nach zwei Jahren wird der Austritt rechtsgültig, falls der Europäische Rat und das V.K. nicht einstimmig eine Verlängerung der Verhandlungen beschließen. Die Regierung des V.K. hat mehrmals erklärt, daß sie einen „harten“ Austritt anstrebt, also aus dem europäischen Binnenmarkt, aus der Zollunion und aus der Bindung an den Europäischen Gerichtshof ausscheiden will. Die Wiedergewinnung der vollen britischen Selbstbestimmung über die Zuwanderung von EU-Bürgern und ihre Begrenzung war ein zentrales Motiv der britischen Austrittsbefürworter. Damit strebt das V.K. ein distanzierteres Verhältnis zur EU an als die Schweiz und Norwegen einnehmen. Das V.K. strebt ein Freihandelsabkommen mit der EU an, über das diese erst nach der Regelung des Austritts verhandeln will.

Weithin wird mit erheblichen ökonomischen Nachteilen für beide Seiten nach dem Brexit gerechnet, die für das V.K. vermutlich größer sein werden als für die verbleibenden EU-Mitglieder. Für das VK hat sich außerdem das Risiko erhöht, daß Schottland nach über 300 Jahren aus dem VK austreten könnte, dessen Bevölkerung mehrheitlich für den Verbleib in der EU gestimmt hatte. 2014 hatten lediglich 55,3 % der Schotten für eine weitere Zugehörigkeit zum VK gestimmt.

Der Brexit, den US-Präsident Donald Trump begrüßte, hat den Stimmungen und den Parteien in vielen EU-Ländern Auftrieb verliehen, die ebenfalls einen Austritt ihres Landes aus der EU und sogar eine völlige Auflösung des Staatenverbundes anstreben. Er wirkt aber auch als Anlaß, verstärkte Anstrengungen zur Stärkung des europäischen Gemeinschaftsbewußtseins der EU-Bürger zu unternehmen und Reformen der Union in Angriff zu nehmen. Allerdings gibt es höchst kontroverse Auffassungen, in welche Richtung diese Reformen gehen sollen: „mehr Europa“ (Ausbau der Kompetenzen der EU-Kommission und des EU-Parlaments), „weniger Europa“ (Rückgabe von EU-Kompetenzen an die Nationalstaaten) oder vertiefte Integration in unterschiedlichen Länderkreisen. Ratsam ist eine Anpassung der Intensität der EU-Integration an den Willen der EU-Bürger, der durch verstärkte Aufklärung veränderbar ist. Nur eine Verlangsamung des Integrationsprozesses kann die Legitimität der EU festigen.

## 1 Ungewisse Folgen des Brexit

Vor vier Wochen, am 29. März 2017, hat das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland (V.K.) dem Europäischen Rat seine Absicht nach Artikel 50 des EU-Vertrags mitgeteilt, aus der Europäischen Union auszutreten, nachdem in einer Volksabstimmung am 23. Juni 2016 51,9 Prozent der Briten bei einer Beteiligung von 72,2 Prozent der Abstimmungsberechtigten dafür gestimmt hatten. Das britische Parlament war am 1. Februar 2017 mit großer Mehrheit (aber ohne die Schottische Nationalpartei und eine Minderheit von 47 der 232 *Labour*-Abgeordneten) dem Willen der Bevölkerungsmehrheit gefolgt, obwohl es vor der Volksabstimmung mehrheitlich gegen einen EU-Austritt gewesen war. Damit wurden Verhandlungen in die Wege geleitet, die die Austrittsmodalitäten und die zukünftigen Beziehungen zwischen der EU und dem V.K. in den kommenden zwei Jahren vertraglich regeln sollen. Spätestens nach zwei Jahren wird der Austritt rechtsgültig, falls der Europäische Rat und das V.K. nicht einstimmig eine Verlängerung der Verhandlungen beschließen. Der Vertrag über den Austritt aus der EU bedarf der Zustimmung des Britischen und des Europäischen Parlaments und einer qualifizierten Mehrheit des Europäischen Rats, d. h. von 72 % der EU-Länder. Das sind 20 der stimmberechtigten 27 Mitgliedsstaaten. Diese Staaten müssen gleichzeitig mindestens 65 % der Unionsbevölkerung (ohne die Briten) repräsentieren. Falls der Vertrag nicht die erforderliche Zustimmung erhält, findet ein ungeregelter Austritt des Vereinigten Königreichs statt. Will Großbritannien sich tatsächlich nicht dem Prinzip der Freizügigkeit im europäischen Binnenmarkt beugen, so muß es zudem noch die Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum kündigen, was bislang kaum politisch thematisiert worden ist.<sup>1</sup>

Die britische Regierung hat klar erklärt, daß sie einen „harten Brexit“ will,<sup>2</sup> also keine so enge Anbindung an die EU wie Norwegen, das Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums, also einer vertieften Freihandelszone, und des Schengen-Raumes ist, und auch nicht wie die Schweiz, die nicht Mitglied des EWR, aber des Schengen-Raumes ist. Beide Länder sind durch bilaterale Verträge verpflichtet, wichtige Bestimmungen der EU wie die Freizügigkeit der Waren, der Dienstleistungen, des Kapitals und der Personen einzuhalten. Die Schweiz will allerdings nach der Volksabstimmung vom 9. Februar 2014 eine Einschränkung der Personenfreizügigkeit vornehmen, was jedoch ihre beiden bilateralen Verträge mit der EU gefährdet.

Das britische Oberhaus, das *House of Lords*, versuchte zwar, das Anwesenheitsrecht der im V.K. lebenden und arbeitenden EU-Bürger im Austrittsgesetz abzusichern, scheiterte damit aber am Votum der Regierung Theresa May und des Unterhauses, des *House of Commons*. Die Wiederherstellung der vollen britischen Souveränität über die Zuwanderung in das eigene

Land war ein zentrales Motiv der Bewegung für den Austritt aus der EU gewesen. Sie richtete sich weniger gegen die Zuwanderung aus Nicht-EU-Ländern als vor allem gegen die von EU-Bürgern, insbesondere Polen, Bulgarien und Rumänien. Bei der Aufnahme der zehn ostmittel- und südosteuropäischen Länder in die EU in den Jahren 2004 und 2007 hatte Großbritannien auf Druck seiner Unternehmer darauf verzichtet, wie Deutschland und andere Länder den freien Zugang von Arbeitnehmern für sieben Jahre auszusetzen. Schließlich dürfte die Entscheidung Deutschlands im Jahre 2015, fast eine Million Flüchtlinge aufzunehmen und Druck auf die anderen EU-Länder auszuüben, ebenfalls viele Flüchtlinge aufzunehmen, einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zum Brexit geleistet haben.<sup>3</sup>

Umstritten wird in den nächsten Monaten sein, zu welchen Bedingungen der Austritt des V.K. stattfinden wird, z. B. welche finanziellen Verpflichtungen (aufgrund der geltenden EU-Haushaltsplanung, für die Beamtenpensionen etc.) das Land auch noch nach dem Austritt zu erfüllen hat. Noch viel schwieriger wird es werden, die zukünftigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Großbritannien zu gestalten, an denen beide Seiten ein eminentes Interesse haben. Allerdings scheint die EU, sofern ihre 27 verbleibenden Mitglieder weiterhin in der Brexit-Politik ihr Einvernehmen aufrecht erhalten, in einer stärkeren Verhandlungsposition, weil Großbritannien 2015 44 % seiner Exporte mit der EU abwickelte, diese umgekehrt jedoch nur 6,5 %.<sup>4</sup> Deutschland hat hierbei ein besonders starkes Interesse, zu einer wechselseitig vorteilhaften Lösung zu kommen, weil das V.K. sein drittgrößter Exportmarkt ist; im Kalkül der britischen Regierung werde es deshalb den britischen Forderungen bei den Austrittsverhandlungen entgegenkommen. Großbritannien möchte weiterhin freien Zugang zum europäischen Binnenmarkt haben. Aber der Binnenmarkt schließt die Freizügigkeit nicht nur von Waren, Dienstleistungen und Kapital, sondern auch der Arbeitnehmer ein. Daran wollen Brüssel (d. h. die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und der Europäische Rat) und die verbleibenden 27 EU-Mitglieder nicht rütteln. Eine Nachgiebigkeit in dieser Frage könnte leicht andere EU-Mitglieder dazu bewegen, aus der Union auszuschneiden. Derzeit leben und arbeiten 3,3 Millionen EU-Bürger im V.K., an deren Mitarbeit zahlreiche britische Unternehmen ein großes Interesse haben, und 1,2 Millionen Briten auf dem Kontinent.

Zur Zeit ist die Skepsis weit verbreitet, daß es gelingen könnte, schon innerhalb der nächsten 17 Monate (bis Oktober 2018) einen gemeinsamen Austrittsvertrag auszuhandeln, der noch vor den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai oder Juni 2019 ratifiziert werden könnte, da Großbritannien Tausende Gesetze und Dutzende internationale Verträge ändern muß, die es entsprechend dem Brüsseler *aquis communautaire* beschlossen hatte. Im neu

geschaffenen Brexit-Ministerium muß Großbritannien 30.000 Mitarbeiter einstellen.<sup>5</sup>

## 2 Brexit als Impuls für Hoffnungen auf das Ende oder eine Reform der EU

Zum Brexit gibt es eine ganze Reihe von unterschiedlichen Positionen. Die Befürworter des Brexit im V. K. (die ‚*brexiteers*‘ oder ‚*leavers*‘, die die EU verlassen wollen) versprachen sich davon einen wirtschaftlichen Aufschwung mit einem Abbau der Arbeitslosigkeit von Briten, die Wiederherstellung der nationalen Entscheidungsfreiheit über die Zuwanderung von Migranten jeglicher Art, die Befreiung von der Brüsseler Gesetzgebung und Rechtsprechung im (vermeintlichen) Interesse anderer Länder und ganz allgemein eine Wiederherstellung britischer Souveränität und Großmachtgeltung in der Welt. US-Präsident Donald Trump versprach sich vom Brexit eine Schwächung der europäischen Handelsmacht gegenüber den USA.<sup>6</sup> Die rechtsnationalen, populistischen Parteien in ganz Europa sehen sich durch den Brexit ermutigt, dem britischen Beispiel zu folgen und den Austritt ihres eigenen Landes aus der EU oder gar die Auflösung der EU insgesamt zu betreiben. Auch sie erhoffen sich dadurch nationalen Machtzuwachs sowie einen Wirtschaftsaufschwung und sinkende Arbeitslosigkeit. In vielen Ländern ist dabei vor allem an einen Machtzuwachs gegenüber Deutschland gedacht, dessen ökonomisch-politisches Gewicht bei den genannten Parteien als drückend empfunden wird.

Es gibt aber auch europapolitische Motive unter den Befürwortern des Brexit außerhalb des V.K. Manche sehen die EU nunmehr befreit von den ewigen Bremsern des europäischen politischen Integrationsprozesses, die immer wieder eine nationale Sonderbehandlung von Brüssel erzwingen.<sup>7</sup> Sie erhoffen sich vom Brexit neue Impulse für den Prozeß einer immer engeren Union.

Auf der Seite der Gegner des Brexit in Großbritannien (‚*remainer*‘, d.h. die in der EU bleiben wollten) herrschte die Sorge vor einem ökonomischen Niedergang, teilweise auch vor einer außenpolitischen Isolation und Marginalisierung des Landes, dessen weltpolitische Möglichkeiten von vielen Anhängern des Brexit völlig überschätzt würden. Die Gegner des Brexit in anderen Ländern haben ganz unterschiedliche Befürchtungen. Die einen sehen das Ausscheiden des ersten Landes aus der EU als einen höchst gefährlichen Präzedenzfall an, dem andere Länder folgen könnten.<sup>8</sup> Bisher schien die ständige Erweiterung und damit verbunden die Vertiefung der europäischen Integration als eine irreversible Erfolgsgeschichte. Nach der ersten Regression haben sich nun starke Zweifel an dem optimistischen Geschichtsbild vom ständigen Fortschritt der supranationalen Integration und der Obsoleszenz des Nationalismus in

Europa eingestrichelt. Positiv gewendet heißt das, daß die Anhänger der EU sich aufgefordert sehen, das Projekt Europäische Integration als ein Friedensprojekt – noch 2012 hatte die EU den Friedensnobelpreis erhalten – bei den EU-Bürgern durch neue politische Anstrengungen zu legitimieren, weil die Erinnerung an die beiden Weltkriege und die vielen bilateralen, nationalen Kriege zu verblassen scheint. Auch das europäische Wohlstandsprojekt bedarf in den Augen der EU-Anhänger neuer, nicht nur kommunikativer Begründung, sondern auch eines Nachweises neuer sozial und ökonomisch erfolgreicher Leistungen, weil die sich national ganz unterschiedlich auswirkenden Krisen der europäischen Wirtschaft Wünsche, wie illusionär sie auch sein mögen, nach einer renationalisierten – gleichgültig ob neoliberalen oder sozial-staatsinterventionistischen – Wohlstandspolitik nähren.

Manche Gegner des Brexit sehen in dem Ausscheiden Großbritanniens aus der EU eine Schwächung liberaler Wirtschaftspolitik der nördlichen EU-Länder gegenüber der für sozial illusionär und wirtschaftlich katastrophal gehaltenen staatsinterventionistischen Politik der meisten südlichen EU-Länder. Nunmehr kann Deutschland von diesen Ländern überstimmt werden, wenn sie die Sparpolitik in der EU beenden oder eine gemeinsame Bankenhaftung zur Einlagensicherung durchsetzen wollen.

Wieder andere sehen im Ausscheiden der EU eine Schwächung der machtpolitischen Balance innerhalb der EU, die bisher auf dem Ausgleich zwischen den drei größeren Mächten Frankreich, Großbritannien und Deutschland (Italien hat sein demographisch-ökonomisches Gewicht infolge seiner permanenten Regierungskrisen nur selten zur Geltung bringen können) und einigen mittleren und vielen kleinern Staaten beruhte. Somit gab es keine einzelne hegemoniale Macht in der Union, was sicherlich zu ihrem Erfolg beigetragen hat. Durch das Ausscheiden Großbritanniens wachsen das Gewicht und die Verantwortung Deutschlands in der EU enorm, was für die Union schädlich sein könnte. Gleichzeitig wird der sicherheits- und weltpolitische Einfluß der EU durch das Ausscheiden der Atommacht und des ständigen Sicherheitsratsmitglieds Großbritannien stark gemindert.

Manche sehen im Brexit auch einen willkommenen oder notgedrungenen Anstoß zur Reform der EU. Ein „Weiter so wie bisher“ dürfe es nicht geben.<sup>9</sup> Allerdings bleibt heftig umstritten, in welche Richtung eine Reform gehen solle. Die einen wollen „mehr Europa“, d. h. weitere Kompetenzen für Brüssel (die Europäische Kommission und das Europäische Parlament), um vor allem eine möglichst einheitliche und besser koordinierte Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik zu erreichen, und um außerdem die gemeinsame Terrorismusbekämpfung, die Außensicherung der EU-Grenzen und eine effektive europäische Klimapolitik zu gewährlei-

sten.<sup>10</sup> Auch in der Außen- und Militärpolitik solle die EU eine gemeinsame Politik betreiben können. Zu diesem Zweck wird neuerdings vom Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker der alte Vorschlag einer europäischen Integration der verschiedenen Geschwindigkeiten wieder zur Debatte gestellt,<sup>11</sup> der es besonders integrationswilligen EU-Mitgliedern ermöglichen soll, auf weiteren Politikfeldern Institutionen für eine gemeinsame Politik zu schaffen.<sup>12</sup> Andere meinen mit einer EU-Reform „weniger Europa“; sie wollen manche EU-Kompetenzen im Sinne der betonten Subsidiarität wieder den nationalen Parlamenten zurückgeben oder gar auf regionale Gebietskörperschaften verlagern. Dezentralisierung statt ständig voranschreitende Zentralisierung ist für sie die gebotene Devise.

### **3 Die halbherzige Mitgliedschaft Großbritanniens in der EU**

Das V.K. hatte als ehemalige Weltmacht stets ein wechselvolles und zwiespältiges Verhältnis zur europäischen Integration.<sup>13</sup> Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg rief der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill in seiner berühmten Rede in der Universität Zürich vom 19. September 1946 auf: „Wir müssen eine Art von Vereinigten Staaten von Europa errichten.“ Und weiter sagte er: „Der erste Schritt zu einer Neuschöpfung der europäischen Völkerfamilie muss eine Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland sein. Nur so kann Frankreich seine moralische und kulturelle Führerrolle in Europa wiedererlangen. Es gibt kein Wiederaufleben Europas ohne ein geistig großes Frankreich und ein geistig großes Deutschland... Kleine Nationen werden genau soviel zählen wie große, und sie werden sich ihren Rang durch ihren Beitrag für die gemeinsame Sache sichern.“ Großbritannien wollte Churchill nicht in die Vereinigten Staaten von Amerika eingliedern, denn: „Wir Briten haben unser eigenes Commonwealth.“<sup>14</sup> Damals gehörten Indien, dessen Kaiser der König des V.K. war, und große Teile des Nahen Ostens noch zum britischen Herrschaftsbereich.

Wenige Jahre nach der Rede Churchills in Zürich begann auf dem europäischen Kontinent der Integrationsprozeß mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im Jahre 1952 und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) und vor allem der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) im Jahre 1957 durch die sechs „karolingischen“ Kernstaaten Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Niederlande und Luxemburg.

Etwa gleichzeitig wurde der endgültige Niedergang der britischen Weltmacht deutlich, als Indien 1947 und kurz danach auch der Nahe Osten verloren gingen. 1956 verstaatlichte Ägypten unter Gamal Abdel Nasser den Suezkanal. Großbritannien und Frankreich versuchten dies

in Kooperation mit Israel durch eine militärische Invasion rückgängig zu machen und das Nasser-Regime zu stürzen. Die USA und die Sowjetunion verhinderten das jedoch in gemeinsamer diplomatischer Aktion unter militärischem Druck. Die 1960 beschleunigte Dekolonisation leitete schließlich das Ende der europäischen Kolonialmächte ein. Damit sank auch der Einfluß Großbritanniens im Commonwealth.<sup>15</sup> Zudem löste die wachsende wirtschaftliche Bedeutung des Marktes der EWG auch für die britische Wirtschaft, die sich in einer Krise befand,<sup>16</sup> ein britisches Interesse an einer Einbeziehung in den europäischen Integrationsprozeß aus. Die Konsolidierung der Sowjetmacht in Mittel- und Osteuropa mit der Gründung des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und der Warschauer Vertragsorganisation (WVO), die durch die Niederschlagung der Aufstände in der DDR 1953 sowie in Polen und Ungarn 1956 unterstrichen wurde, schufen ein zusätzliches, sicherheitspolitisches Interesse Großbritanniens an einer engeren Anbindung an das westliche Kontinentaleuropa.<sup>17</sup> So stellte das V.K. 1963 einen Antrag auf Mitgliedschaft in der EWG, der jedoch am Veto Frankreichs unter Präsident Charles de Gaulle scheiterte. Dieser sah mit einer britischen EWG-Mitgliedschaft die Vormachtstellung Frankreichs in Westeuropa als gefährdet an. Auch der zweite Antrag des V.K. im Jahre 1967 scheiterte. Erst nach dem Rücktritt de Gaulles im Jahre 1969 konnte Großbritannien der EWG zum 1. Januar 1973 beitreten. Die britische Bevölkerung begrüßte diesen Schritt 1975 in einer Volksabstimmung mit 67 % der abgegebenen Stimmen. Auch in zahlreichen Meinungsumfragen in den folgenden Jahrzehnten ergaben sich deutliche Mehrheiten für die Mitgliedschaft in der Europäischen (Wirtschafts-)Gemeinschaft.

Das vornehmlich ökonomisch motivierte Interesse an der europäischen Gemeinschaftsbildung kontrastierte jedoch stets mit einem Desinteresse an einem engeren politischen Zusammenschluß. Schon früh wurde der Langzeitperspektive eines Europäischen Bundesstaates, der Vereinigten Staaten Europas, eine scharfe Absage erteilt. Dennoch stimmte das V.K. in den folgenden Jahrzehnten allen Entscheidungen über eine Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses zu und sogar dem Verfassungsvertrag vom 29. Oktober 2004 zu. Dieser Vertrag scheiterte bekanntlich schon an den zu seiner Ratifizierung erforderlichen Volksabstimmungen in Frankreich und in den Niederlanden im Mai/ Juni 2005, so daß kein britisches Referendum mehr zustande kam.

Das halbherzige Verhältnis Großbritanniens kam in mehreren Sonderregelungen zum Ausdruck, die die britische Regierung in Brüssel ertrotzte. So erreichte die Premierministerin Margaret Thatcher 1984 eine Verringerung der britischen Beitragszahlungen zum europäischen Haushalt, obwohl Großbritannien weiterhin den zweitgrößten Nettobeitrag leistete.<sup>18</sup>



Den Maastrichter Vertrags von 1992 zur Bildung der Europäischen Union und einer gemeinsamen Währung unterzeichnete Großbritannien wie Dänemark nur mit einer Klausel, die es ihm ermöglichte, nicht der Euro-Zone beizutreten, wozu alle anderen Länder verpflichtet sind, sobald sie bestimmte Bedingungen erfüllen. Den Schengener Abkommen zur Abschaffung der Personenkontrollen an den Binnengrenzen des Schengenraums traten Großbritannien und Irland nicht bei, wohl aber die Nicht-EU-Mitglieder Schweiz, Norwegen, Island und Liechtenstein. Auch bei der Unterzeichnung des Lissabonner Vertrages sorgte das V.K. dafür, daß für es (wie für Polen) die seit 2009 in Kraft befindliche Charta der Grundrechte der Europäischen Union nicht verbindlich ist. Auch das Sozialabkommen von 1999 zur Regelung arbeitsrechtlicher Fragen auf europäischer Ebene fand keine Zustimmung des V.K.

Diese Konzessionen erwirkten die britischen Regierungen auch deshalb, weil es stets eine starke Minderheit in Großbritannien gab, die für einen Austritt aus der EU plädierte. So waren in den 1970er und 1980er Jahren hauptsächlich Politiker der *Labour Party* und Gewerkschafter Gegner der Europäischen Gemeinschaften, die in der europäischen Linken jahrzehntelang als eine Organisation des Kapitals angesehen wurden, nicht als eine der Verständigung und Friedensgewähr unter den europäischen Nationen. Erst in den 1990er Jahren kehrten sich die politischen Haltungen in Großbritannien um. Die EU fand in der *Labour Party* zunehmend, wenn auch immer noch zurückhaltende Zustimmung, während unter den Konservativen die Ablehnung wuchs. Unter ihnen gab es stets eine Minderheit, die die europäische Einigung als ein deutsches Projekt verunglimpfte, das die nationalsozialistischen Herrschaftsansprüche über Europa in neuer Gestalt zu verwirklichen trachte. Die Konservative Partei kam vor allem durch die Gründung der *United Kingdom Independence Party* (UKIP) im Jahre 1993 unter Druck, auf die wachsende Austrittsstimmung in der Bevölkerung und auch in der eigenen Partei zu reagieren. Als fatal erwies sich die erwähnte Entscheidung der britischen Regierung Tony Blair, die Zuwanderung von Arbeitnehmern aus den neuen EU-Ländern nicht für sieben Jahre zu begrenzen, wie das Deutschland und mehrere andere Staaten getan hatten. Bei den Unterhauswahlen im Mai 2015 erlangte die UKIP unter der Führung von Nigel Farage 12,6 % der Stimmen, aber wegen des Mehrheitswahlrechts nur einen Abgeordnetensitz. Bei den Europawahlen 2014 hatte sie sogar 26.6 % der Stimmen erhalten und war damit die stärkste britische Partei im Europäischen Parlament geworden.

Wohl in erster Linie um die Parteieinheit zu festigen und um die Chancen der Konservativen bei den Wahlen 2015 durch eine Entschärfung der europapolitischen Debatte zu verbessern (für zwei Jahr war diese Strategie durchaus erfolgreich),<sup>19</sup> - versprach David Cameron im

Januar 2013, eine Volksabstimmung über die EU-Mitgliedschaft, offenbar auch in der Hoffnung, um in deren Vorfeld in Brüssel eine EU-Reform im britischen Interesse aushandeln und dann eine solide Mehrheit der Briten für die EU gewinnen zu können. Vor allem wollte er eine Begrenzung der Zuwanderung von EU-Bürgern erreichen, was ihm nur insofern gelang, daß nunmehr ein Land bei der EU-Kommission einen „Einwanderungsnotstand“ beantragen darf, der ermöglichen soll, daß über einen Zeitraum von sieben Jahren neu ankommenden EU-Bürgern vier Jahre lang nur begrenzte Sozialleistungen zu zahlen sind. Außerdem strebte er eine Nichtdiskriminierung der EU-Länder mit eigener Währung durch die Eurozonenländer, einen Abbau der Brüsseler Bürokratie und die Unverbindlichkeit des Lissabonner Vertragsziels einer „immer engeren Union“ für Großbritannien an. Die geringen Verhandlungsergebnisse hatten keine erkennbare Schwächung der Austrittskampagne der Gegner der britischen EU-Mitgliedschaft zur Folge.

Entscheidend für den Ausgang der Volksabstimmung über den Brexit war wahrscheinlich nicht nur, daß ein großer Teil der Boulevard-Presse traditionell europaskeptische Meinungen propagierte, sondern vor allem, daß in den letzten Jahren die sozial benachteiligten Schichten die Einwanderung von EU-Bürgern und anderen Ausländern als bedrohlich für ihre eigenen Beschäftigungsmöglichkeiten ansahen und vor allem ein grundsätzliches Mißtrauen gegen die teilweise in Korruptionsaffären verstrickten gesellschaftspolitischen Eliten entwickelt hatten, so daß sie deren Warnungen vor den ökonomischen Risiken eines Austritts als Ausdruck der Interessen des Establishments an der Wahrung seiner Privilegien ansahen. Das Zugpferd der Austrittskampagne, Boris Johnson, erschien vielen Briten viel glaubwürdiger als der Premier David Cameron von derselben Konservativen Partei.<sup>20</sup>

#### **4 Mögliche ökonomische und politische Folgen des Brexits**

Der Brexit hat die britische Gesellschaft tief gespalten. Die bei der Volksabstimmung unterlegenen Kräfte wollten sich nach dem 23. Juni nicht mit dem weithin unerwarteten Ergebnis und dem geplanten Ausscheiden des V.K. aus der EU abfinden, sondern versuchten mit Massendemonstrationen und mit einer von Millionen Bürgern unterzeichneten Petition für eine erneute Volksabstimmung, den Brexit zu verhindern. An ihnen beteiligten sich vor allem die jungen Briten, von denen nur wenige an der Abstimmung teilgenommen hatten, bei der sie allerdings mit großer Mehrheit für den Verbleib in der EU stimmten.<sup>21</sup> Es gab auch Appelle an die Parlamentarier, den Brexit zumindest abzuschwächen. Wichtiger als die soziale Kluft

zwischen den Generationen und sozialen Schichten – die höher Gebildeten, die Unternehmer, die Banken und die großen Konzerne waren mehrheitlich für ein Verbleiben in der EU, während viele Arbeiter und an den Rand der Gesellschaft Gedrängte dagegen stimmten – ist wohl die regionale Spaltung zwischen London, Schottland, Nordirland einerseits und dem breiten englischen Land und Wales andererseits. Sie kann durchaus noch schwere Folgen haben.<sup>22</sup>

Über die ökonomischen Folgen des Brexits für Großbritannien und die EU-27 wird weitgehend nur spekuliert, da auch die ökonomischen Fachleute keine verlässlichen Prognosen abgeben können. Die Verharmlosung des Brexits mit dem Argument, daß nur ein Land aus der EU austreten werde, aber die 27 anderen festentschlossen zusammenstehen, ist irreführend. Ein anderer Blick auf den Brexit ergibt: „Die Wirtschaftskraft des Vereinigten Königreiches ist genauso groß wie die der 20 kleinsten EU-Länder zusammengenommen. Es ist, als würden nun 20 von 28 Ländern gleichzeitig austreten.“<sup>23</sup> Zwar wächst durch den Austritt Großbritanniens die relative Wirtschaftsmacht Deutschlands und damit in vielen Fragen sein politischer Einfluß in der EU, andererseits wird seine spezifische wirtschaftspolitische, neoliberale Macht im Ministerrat auf gravierende Weise geschwächt, da nunmehr die „staatsgläubigen Anrainer des Mittelmeers“ (Werner Sinn) den „D-Mark-Block“ (Deutschland, Niederlande, Österreich und Finnland) überstimmen können. Sie könnten auf den von Donald Trump angekündigten Protektionismus mit einem EU-Protektionismus unter Führung Frankreichs reagieren. „Sie können und werden jetzt durchregieren und Europa in eine Handelsfestung verwandeln.“ ... Deutschland wird nach Sinn „zum Anhängsel und zum Zahlmeister einer neuen lateinischen Münzunion“ unter Führung Frankreichs, das unter einem Präsidenten Emmanuel Macron „ein gemeinsames Eurobudget, Eurobonds, eine gemeinsame Einlagensicherung und eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung“, also eine finanzielle Umverteilung von Deutschland und den anderen Nordländern auf die Südländer der EU wolle.<sup>24</sup> Die Schaffung von neuen Institutionen der Euro-Zone mit staatlichen Kompetenzen werde die EU auf gefährliche Weise spalten und ihre Existenz gefährden. Andere Stimmen sahen schon vor dem Brexit-Referendum in der verstärkten Tendenz zu Mehrheits- statt Konsensentscheidungen und zur Machterweiterung und Funktionsänderung der demokratisch nicht legitimierten Europäischen Zentralbank (EZB) und des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) eine Unterhöhlung der bestehenden EU-Verträge und der demokratischen, politischen Zustimmung zum Projekt der europäischen Integration in den europäischen Nationen mit heterogenen politischen Kulturen.<sup>25</sup> Demgegenüber wird von manchen Autoren eine intensiviertere sozialökonomische Integration als Mittel zur Beseitigung der Asymmetrien zwischen den EU-Nationen propagiert.<sup>26</sup>

Nach der Volksabstimmung sank der Kurs des Britischen Pfunds sogleich um acht Prozent und dann weiter bis zum 11. Oktober 2016, ehe er sich bis heute etwas erholte.<sup>27</sup> Dies begünstigte einen Anstieg der britischen Aktienkurse. Längerfristig rechnen viele Beobachter mit einer Schwächung der britischen Volkswirtschaft nach einem Ausscheiden aus dem europäischen Binnenmarkt und der Einführung von Zollbarrieren.<sup>28</sup> Vor allem wird ein Abwandern von Banken und Finanzgeschäften – mit 70.000 bis 100.000 Arbeitsplätzen<sup>29</sup> – aus London nach Dublin, Paris und Frankfurt gerechnet. Hier erwartet man den Zuzug von Tausenden Bankern, befürchtet aber auch einen deutlichen Anstieg der Immobilienpreise und Mieten.

Der Brexit gefährdet aus mehreren Gründen nicht nur den Wohlstand, sondern auch die Einheit des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, das oft auch verkürzt Großbritannien oder England genannt wird, während man die Staatsangehörigen Briten nennt. Genau genommen besteht Großbritannien nur aus England, Wales und Schottland. Die vier Teile des Staates werden auch Nationen genannt, die u. a. bei internationalen Fußballturnieren eigene Nationalmannschaften unter eigenen Nationalflaggen stellen. Das Kernland des V.K. ist England, das auf mehr als der Hälfte der Fläche des ganzen Landes<sup>30</sup> auch die meisten Einwohner unter den vier Landesteilen hat, nämlich 54,3 Millionen von den 64,6 Millionen der Gesamtbevölkerung (2014). England, das im frühen Mittelalter noch aus sieben Königreichen bestand, war seit Egbert von Wessex (802-839) unter einem gemeinsamen König vereinigt.

Die drei nichtenglischen Landesteile des V.K. sind in unterschiedlicher Intensität politisch, kulturell und sprachlich mit England verbunden, im wesentlichen abhängig vom Zeitpunkt der englischen Eroberung. Zuerst eroberte England in zahlreichen Kriegen vom 11. bis zum 13. Jahrhundert die walisischen Fürstentümer, die zuvor nur für kurze Zeit unter eine gemeinsame Herrschaft gelangt waren, hatte jedoch noch lange mit walisischen Aufständen zu tun. Seit 1301 trägt der englische Thronfolger den Titel „Fürst von Wales“ (*Prince of Wales*). 1542 wurde Wales endgültig in das englische Rechtssystem eingebunden. Erst 1988 erlangte es mit der Bildung einer walisischen Nationalversammlung (*National Assembly for Wales*) eine sehr begrenzte Autonomie.

Schottland war seit 843 ein Königreich, das in vielen Jahrhunderten mit England im Kriege und zeitweise in einem Vasallenverhältnis zum englischen Königtum stand. Das schottische Königshaus der Stuarts vereinigte jedoch England mit Schottland 1603 in einer Personalunion. Nach mehreren auch religiös-konfessionell motivierten Bürgerkriegen und einem ökonomischen Bankrott Schottlands stimmte das von nur wenigen tausend Personen gebildete schottische Parlament 1707 der Vereinigung beider Länder im Königreich Großbritannien (Realunion) unter Wahrung wichtiger schottischer Institutionen zu, vor allem der presbyterianischen Kirche.

Schottland macht mit 130.000 qkm fast ein Drittel der Fläche des V.K. aus, hat jedoch nur 5,3 Millionen Einwohner, d. h. 8,3 Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes. Von den Schotten stimmten 62 % für einen Verbleib des V.K. in der EU. Dies nahm die Erste Ministerin Nicola Sturgeon von der Schottischen Nationalpartei (SNP) zum Anlaß, erneut eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Schottlands zu fordern, damit das Land in der EU verbleiben könne. In einem ersten Referendum am 18. September 2014 hatten sich noch 55,3 % der Schotten für einen Verbleib im V.K. ausgesprochen - bei einer Beteiligung von 84,6 % an der Abstimmung. Die EU machte jedoch rasch klar, daß Schottland nach dem Brexit nicht in der EU verbleiben könne, sondern als ein unabhängiger Staat erst einen langwierigen Aufnahme-prozeß in die EU durchmachen müsse. Im übrigen kann Schottland nicht nach Gutdünken eine Volksabstimmung über einen Austritt aus dem V.K. veranstalten, sondern bedarf dafür einer Zustimmung Londons. Selbst nach einem mehrheitlichen Austrittsvotum bedürfte ein Austritt Schottlands der Zustimmung des britischen Parlaments. Jedenfalls hat Premierministerin Theresa May klar gemacht, daß ein neues Referendum in Schottland nicht vor dem endgültigen Abschluß des Brexits in Frage komme.

Das Votum in Nordirland von 55,8 % quer über die Konfessionsgrenzen hinweg gegen den Brexit hat offensichtlich auch dort die separatistischen Neigungen verstärkt, allerdings nur geringfügig.<sup>31</sup> Die Insel Irland bezeichnete man in früheren Zeiten manchmal als Kleinbritannien wie auch die Bretagne (*Brittany*), in die Britonen seit dem 4. Jahrhundert einwanderten. Die Eroberung Irlands durch England begann im 11. Jahrhundert und erstreckte sich über mehrere Jahrhunderte. 1541 ließ Heinrich VIII. durch ein Statut des irischen Adelsparlaments Irland in ein Königreich in Personalunion mit dem Königreich England umwandeln. Die Enteignung irischen Grundbesitzes und die Ansiedlung von Engländern, Walisern und Schotten, vor allem in Nordirland, sollten die englische Herrschaft untermauern. Doch die Rebellionen hielten auch in den kommenden Jahrhunderten an, so daß die englische Politik schließlich die Abschaffung der irischen Regierungsinstitutionen und die Auflösung des irischen Parlaments und die Bildung des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Irland im Jahre 1801 erzwang. Infolge des Teilerfolgs der irischen Nationalbewegung mit der Gründung des Irischen Freistaats verkleinerte sich das Reich 1922 zum Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, das erst 1927 auch so genannt wurde. Die Frage ist, ob sich der Desintegrationsprozeß des V.K. im 21. Jahrhundert fortsetzt. Der Bürgerkrieg in Nordirland konnte zwar mit dem Karfreitagsabkommen zwischen dem V.K., Irland und den nordirischen Konfliktparteien vom 10. April 1998<sup>32</sup> beendet werden, könnte aber nach der Errichtung einer neuen Zollgrenze zu Irland erneut aufflammen. Das Abkommen erlaubte die Bildung der Nordirland-Versammlung (*Northern Ireland Assembly*),

nachdem frühere nordirische Parlamente wiederholt von London aufgelöst worden waren.<sup>33</sup> Auch heute noch können die regionalen Parlamente im V.K. vom britischen Parlament in London suspendiert werden (wie von 2002-2007 in Nordirland), sind also verfassungspolitisch nur schwach abgesichert. Das Abkommen schließt eine spätere friedliche Vereinigung Nordirlands mit der Republik Irland nach der Entstehung einer demographischen Mehrheit der Katholiken, die überwiegend irisch-national orientiert ist, infolge einer größeren Geburtenrate nicht aus. Die Mehrheit der Nordiren stimmte wie die Mehrheit der Schotten für den Erhalt der Mitgliedschaft in der EU, auch weil diese offene wirtschaftliche und kommunikationsbegünstigende Grenzen zu Irland ermöglicht. Unklar ist, ob der schottische und der nordirische nationale Separatismus sich wechselseitig unterstützen und welche Position die nordirischen Protestanten, unter deren Vorfahren viele aus Schottland kamen, in der neuen politischen Gemengelage einnehmen werden.

Ein kleiner Nebenschauplatz ist die mögliche Abschottung Gibraltars vom Arbeits- und Absatzmarkt in Spanien, obwohl seine Bevölkerung zu 95,9 % für den Verbleib in der EU gestimmt hatte. Gibraltar steht seit 1713 unter britischer Herrschaft. Spanien hat nun seine alte Forderung nach Angliederung des kleinen Gebiets (6,5 qkm mit 33.000 Einwohnern) erneuert.

## **5 Notwendige Anpassung der europäischen Integration an den veränderbaren Integrationswillen der EU-Bürger**

Unter friedenspolitischen Gesichtspunkten ist das Ausscheiden des V.K. aus der EU sehr bedauerlich, obwohl die gemeinsame Mitgliedschaft in der NATO erhalten bleibt. Das Gewicht der EU, die in der internationalen Politik bislang überwiegend konfliktmäßigend und interessen ausgleichend gewirkt hat (z. B. im Ukraine-Konflikt und im Streit um die Atomindustrie im Iran), in ihren Beziehungen zu den USA und zu Rußland wird erheblich geschwächt. Die Rolle und Verantwortung Deutschlands in der EU wird wachsen, in vielen Situationen keineswegs zum Vorteil Deutschlands. Die Neigung zu vermehrten Staatsschulden mit ungleicher Lastenverteilung in der EU wird steigen. Das dürfte auf die Dauer national-populistische Stimmungen in allen Mitgliedsstaaten stärken, die dem jeweiligen Ausland die Schuld an der ökonomischen und sozialen Misere zuschieben.

Was kann in dieser Situation geraten werden? In den vergangenen Jahrzehnten war die europäische Integration in allen Ländern überwiegend eine Angelegenheit der politischen und gesellschaftlichen Eliten und ihrer Einsicht in die nationalen Vorteile einer immer engeren Verflechtung der Wirtschaft und auch vieler Politikfelder. Sie sehen als neue Aufgaben an: die Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit durch europäische Fonds, die Einführung europäi-

scher Steuern für Finanztransaktionen,<sup>34</sup> die Förderung von Programmen zur Bekämpfung von transnationaler Kriminalität und des Terrorismus, der Migration und Fluchtbewegungen, die Steuerung des Klimawandels, eine bessere Koordination der Außen- und Sicherheitspolitik. Die breite Bevölkerung nimmt demgegenüber die Integration mit Skepsis und Unverständnis hin, so daß diese nur geringe Legitimität besitzt. Nur kleinere Minderheiten leisteten bisher politischen Widerstand gegen die europäische Integration. Diese Diskrepanz zwischen den politischen Auffassungen der Eliten und der breiten Bevölkerung schien vielen Zeitgenossen nicht gefährlich, die es als einen Vorteil ansehen, daß das elitäre Element in der parlamentarischen Demokratie dem Willen der parlamentarischen Volksvertreter bei den meisten konkreten politischen Entscheidungen ein viel größeres Gewicht verleiht als dem Willen der Wähler. Nur in einigen Demokratien wird diese Diskrepanz durch die Möglichkeit von Volksbegehren und Volksentscheiden modifiziert. Zudem macht die elitäre Konstitution der Medienlandschaft manchmal blind für die Widersprüche zwischen öffentlich vorherrschender Meinung und den tatsächlichen Meinungen der Bevölkerungsmehrheit, die sich in den parlamentarischen Demokratien zumindest hin und wieder in überraschender Weise bei Volksabstimmungen und Wahlen durchzusetzen vermag.

Das Dilemma allzu krasser Diskrepanz zwischen der Einsicht in die Notwendigkeit und in die Vorteile der europäischen Integration und der Globalisierung und den illusionären Vorstellungen einer Renationalisierung der Ökonomie und nationaler politischer Macht und Entscheidungsfähigkeit läßt sich zwar nicht beseitigen, aber erheblich lindern. Zum einen kann die europäische Integration in vielen Fällen mehr an den Willen der Bürger angepaßt werden. Viele Entscheidungen müssen nicht in Brüssel, können auch auf nationaler oder gar regionaler Ebene gefällt werden, auch wenn das sicherlich manche Nachteile mit sich führt. Insofern trug die britische Politik in den vergangenen Jahrzehnten dem schwächeren Europabewußtsein der Briten in oft sinnvoller Weise Rechnung. Lediglich die zu frühe und gar nicht notwendige Öffnung des britischen Arbeitsmarktes für die Bürger der neuen EU-Länder war ein fataler und in seinen politischen Folgen verheerender Fehler.

Zum anderen muß die europäische Integration dem langsamen Wachstum des europäischen Gemeinschaftsbewußtseins Rechnung tragen, das durchaus empirisch erkennbar ist.<sup>35</sup> Die Mehrheit der jungen Briten stimmte ebenso wie die besser Gebildeten und die Wohlhabenderen für einen Verbleib des V.K. in der EU.<sup>36</sup> Sie hat die Chance, wenn sie ihre proeuropäische Einstellung beibehält und ausbaut, in wenigen Jahren die Mehrheit der britischen Bevölkerung zu repräsentieren und den Brexit zu revidieren. Allerdings hat das gegenwärtige Verlan-

gen einer Revision der Brexit-Entscheidung wenig Sinn. Viel sinnvoller wäre es, bei den kommenden Austrittsverhandlungen parlamentarisch und außerparlamentarisch auf eine Abkehr der Politik des „harten Brexit“ der Regierung Theresa May und ihrer Unterstützer in der Konservativen Partei und auf einen „weichen Brexit“ in Annäherung an das norwegische Modell (ohne Schengen-Mitgliedschaft) zu drängen. Dies macht es erforderlich, eine öffentliche Diskussion und intensive Aufklärung über die Rolle der Mitwirkung der Polen und der anderen EU-Bürger an der britischen Ökonomie zu führen, die auch den sozial schwächeren Briten erheblich mehr zu nützen als zu schaden scheint. Politischer Wille ist nicht statisch, auch wenn Vorurteile manchmal tief verankert sind. So haben politische Aufklärung und gesellschaftliche Lernprozesse eine Chance, in einigen Jahren einen neuen Mehrheitswillen zur britischen EU-Mitgliedschaft zu bilden.

Da offenbar die *Labour Party* zur Zeit zu keiner ernsthaften, auch proeuropäisch inspirierten Konkurrenz zur Konservativen Partei fähig ist, auch nicht ersichtlich ist, daß die Liberaldemokratische Partei einen Aufschwung nehmen könnte, müssen sich die Hoffnungen auf eine Revision der Politik des „harten Brexit“ auf eine Veränderung der öffentlichen Meinung richten, was allein einen Druck auf die konservativen Parlamentarier ausüben könnte, ihre Wiederwahl durch einen Politikwechsel anzustreben. Ein radikaler Meinungsumschwung in der Bevölkerung, der eine rechtzeitige Rücknahme des Austrittsantrags vor dem März 2019 oder einem späteren Zeitpunkt, falls der Verhandlungszeitraum einvernehmlich verlängert wird, läßt sich zwar nicht gänzlich ausschließen, so daß die Chancen für einen „weichen Brexit“ als Folge einer taktisch klugen proeuropäischen Politik wohl höher einzuschätzen sind.

Die 27 EU-Mitglieder sollten hart im Beharren auf den Bedingungen des Verbleibs des V.K. im europäischen Binnenmarkt bleiben, aber gleichzeitig ständig für einen „weichen Brexit“ offen bleiben. Sie sollten keineswegs die „schottische Karte“ spielen<sup>37</sup> und London mit einer Unterstützung der schottischen Aspirationen auf eine „Beibehaltung“ der Mitgliedschaft in der EU nach dem umgekehrten Dänemark-Grönland-Modell von 1985<sup>38</sup> unter Druck setzen. Gleichzeitig sollte Brüssel ganz nüchtern darauf verweisen, daß ein unabhängiges Schottland dieselben Rechte auf Beantragung einer EU-Mitgliedschaft besäße wie sie die Slowakei oder Slowenien hatten, die bald nach erlangter Unabhängigkeit in die EU aufgenommen wurden.

Innerhalb der EU ist es ratsam, das Subsidiaritätsprinzip, d. h. die Verlagerung von einigen Brüsseler Kompetenzen an nationale oder regionale Parlamente zu stärken, gleichzeitig aber die öffentliche Meinung der EU-Bürger sowohl durch erfolgreiche Politik als auch durch eine bessere Aufklärung über die Vorteile der EU-Integration aufzuklären, ohne auch einige damit



verbundene Nachteile zu verschweigen. Gleichzeitig müssen Brüsseler Institutionen die Aufgaben übernehmen, von denen eine Mehrheit der EU-Bürger erwarten, daß Brüssel sie einer Lösung zuführt. Dazu gehört z. B. nicht eine einheitliche Flüchtlingspolitik, wohl aber eine effektive Sicherung der EU-Außengrenzen gegen illegale Einwanderung und eine europäisch besser koordinierte Bekämpfung des Terrorismus, vielleicht sogar die Bildung einer Europäischen Polizei. Die Entwicklung europäischen Bewußtseins ist weniger eine Aufgabe der Brüsseler Institutionen als der Parteien und gesellschaftlichen Institutionen in den EU-Ländern. Vor allem aber sind Foren des europäischen politischen Meinungs austausches zu bilden, was sicher wegen der Vielsprachigkeit der EU-Bürger zur Zeit äußerst kostspielig ist. Auf die Dauer kommen die EU-Staaten um die Einführung des Englischen als verbindliche Zweitsprache für alle EU-Bürger nicht herum, um die Bildung einer wirklich europäischen öffentlichen Meinung zu erleichtern. Zur Zeit gibt es nur äußerst unterschiedliche nationale öffentliche Meinungen mit europäischen Beitönen. Unter diesem Aspekt ist das Ausscheiden des V.K. vorerst sogar ein kleiner Vorteil,<sup>39</sup> weil die mit dem Beherrschen der EU-Sprache als Muttersprache verbundenen sozialen Privilegien nur noch bei den wenigen Iren liegen.

## **6 Fatale Stärkung des Gewichts Deutschlands in der EU infolge des Brexits**

Welche Entwicklung in Sachen Brexit ist wahrscheinlich? Eher unwahrscheinlich ist, daß Großbritannien bereits im März 2019 nicht mehr Mitglied der EU sein wird. Bei den Austrittsverhandlungen werden beide Seiten, die EU-27 und das V.K. mit Maximalpositionen pokern. Großbritannien wird auf ein Auseinanderbrechen der Verhandlungsposition der EU-27 setzen. Aber beide Seiten haben kein Interesse an schlechten zukünftigen Beziehungen miteinander. Deshalb wird voraussichtlich der Verhandlungszeitraum verlängert werden. Dadurch vergrößert sich die Wahrscheinlichkeit von heute kaum zu erwartenden Ereignissen, die die Verhandlungen und die öffentlichen Meinungen in Europa gravierend verändern könnten. So wohl weitere Siege von Austrittswilligen in anderen EU-Ländern, die Zuspitzung der sozioökonomischen Krise in Griechenland und anderen mediterranen EU-Staaten, aber auch dramatische externe Ereignisse wie eine erneute Eskalation des Krieges in der Ukraine, die Konfrontation Rußlands und der USA im Nahen Osten oder anderswo und manch andere Szenarien werden das Schicksal der Brexit-Verhandlungen mitbestimmen. Verlässliche Prognosen über den Ausgang der Austrittsverhandlungen sind deshalb nicht zu erstellen. Vermutlich wird es aber im kommenden Jahrzehnt weder ein Auseinanderfallen der EU, noch wesentliche Fortschritte in der europäischen Integration geben, sondern ein Fortwursteln.

- <sup>1</sup> Neuhäuser, Alice 2017: Goodbye Europe, in: Politische Studien, Nr. 472, März-April, S. 16-25, hier S. 18.
- <sup>2</sup> Eine knappe Übersicht über die Optionen, die die britische Regierung nach dem Brexit hatte: norwegisches, Schweizer, kanadisches, türkisches Modell, WTO-Option findet sich bei Hosp, Gerald 2016: Alternativen zur EU-Mitgliedschaft, <https://www.bpb.de/internationales/europa/brexit/228813/alternativen-zur-eu>.
- <sup>3</sup> Das vermutete schon Ende 2015 Stuart Gisela 2015: Der Weg Großbritanniens mit oder ohne Europäische Union, in: Politische Studien 66, Themenheft 2, S. 86-91, hier S. 86. Siehe auch Niedermeier, Alexander/ Ridder, Wolfram 2017: Das Brexit-Referendum. Hintergründe, Streitthemen, Perspektiven, Wiesbaden: Springer, S. 17 f.
- <sup>4</sup> Neuhäuser 2017 (Anm.1), S. 22.
- <sup>5</sup> Ebenda, S. 18.
- <sup>6</sup> Auch in Rußland gibt es Stimmen, die den Brexit begrüßen, z.B. Narotschnizkaja, Natalija 2016: Brexit stal poschtschetschinov Evrosojuzu (Der Brexit wurde eine Ohrfeige für die EU), <https://izborsk-club.ru/10220>.
- <sup>7</sup> „Kein Land stimmte so häufig gegen EU-Initiativen und –Gesetzesvorschläge wie Großbritannien“, Schult, Christoph 2016: So geht doch!, in: Der Spiegel, Nr. 24, S. 32-35, hier S. 32.
- <sup>8</sup> „Ein britischer EU-Austritt wäre wohl der Beginn einer europaweiten Kettenreaktion“ meint Scheuermann, Christoph 2016: Das Projekt Angst, in: Der Spiegel Nr.9 vom 27.2.2016, S. 91.
- <sup>9</sup> Niebler, Angelika 2017: Großbritannien sagt ‚no‘!, in: Politische Studien, Nr. 472, März-April, S. 10-15, hier S. 14. Niebler ist Vorsitzende der CSU-Europagruppe und Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament.
- <sup>10</sup> Beach, Derek 2016: A stronger, more supranational Union, in: Zimmermann, Hubert/ Dür, Andreas (Hg.): Key Controversies in European Integration, Basingstoke: Macmillan, 2. Aufl., S. 46-54.
- <sup>11</sup> Kurbjuweit, Dirk 2016: Willige und Fähige, in: Der Spiegel, Nr. 26, vom 25. Juni, S. 20-21.
- <sup>12</sup> Polnische Stimmen sehen dies jedoch die Gefahr einer Benachteiligung der Länder, die nicht zum Kern der EU gehören werden, siehe Buras, Piotr 2017: Prepare for a New Europe, Warschau, <http://emerging-europe.com/voices/voices-intl-relations/prepare-for-a-new-europe/>.
- <sup>13</sup> Siehe die kurze Darstellung von Smith, Julie 2016: Europa und das Vereinigte Königreich. Kleine Geschichte der Beziehungen seit 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 49-50, vom 5. Dezember, S. 11-16.
- <sup>14</sup> Churchill, Winston 1946: Europa-Rede in der Universität Zürich, [www.europarl.europa.eu/brussels/website/Churchill\\_Redde\\_Zuerich](http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/Churchill_Redde_Zuerich), zu hören auch unter: <https://www.youtube.com/watch?v=5k5KuXTL8hc&feature=youtu.be>. (Alle Internetquellen abgerufen am 18. April 2017.)
- <sup>15</sup> Aber die Verbundenheit mit dem Commonwealth spielt immer noch eine herausragende Rolle, siehe Kielinger, Thomas 2014: Großbritannien: Am Rande Europas, im Zentrum der Debatte, in: Politische Studien, Heft 449, Mai/Juni, S. 6.-18.
- <sup>16</sup> Demgegenüber sah man 2016 „im Vereinigten Königreich das krisengeschüttelte Europa mit der Eurokrise im Zentrum als Gefahr für die nunmehr boomende eigene Nationalökonomie, die 2014 die am schnellsten wachsende in Reihen der G7 war, und welche es vor Ansteckung ebenso wie Begehrlichkeiten vom Kontinent zu schützen galt.“ Niedermeier/ Ridder 2017 (Anm. 3), S. 15.
- <sup>17</sup> Zu den höchst verschiedenen Einstellungen in Großbritannien, Frankreich und Deutschland zur europäischen Integration nach 1945 aufgrund ihrer Geschichte siehe in aller Kürze Windsor, Philip 1994: Großbritannien und die europäische Integration, in: Europäische Rundschau, Nr. 1, S. 39-49. Er erklärt vor allem die britische Aversion gegen eine Föderalisierung Europas.
- <sup>18</sup> Das V.K. zahlte 2015 für den EU-Haushalt netto 11,5 Mrd., Deutschland 14,3 Mrd. und Frankreich 5,5 Mrd. € Kafsack, Hendrik 2016: Deutschland überweist das meiste Geld an Brüssel, FAZ.NET vom 8. August, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/deutschland-zahlt-am-meisten-in-den-eu-haushalt-14378202.html>.
- <sup>19</sup> So Oppermann, Kai 2016: Das gespaltene Königreich. Die politischen Hintergründe und Ursachen des ‚Brexit‘-Referendums, in: Politische Vierteljahresschrift 57, Heft 4, S. 516-533, hier S. 518. Siehe auch von Ondarza, Nicolai 2016: Die verlorene Wette. Entstehung und Verlauf des britischen EU-Referendums, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 49-50, vom 5. Dezember, S. 4-10.
- <sup>20</sup> Ebenda, S. 525-529. Zur Rolle der Persönlichkeiten und der Agitation in der Brexit-Kampagne siehe Niedermeier/ Ridder 2017 (Anm. 3), S. 23-32.
- <sup>21</sup> „So zeigt sich, dass die Alterskohorte der 18- bis 24-Jährigen mit einer Mehrheit von 75 % für den Verbleib Großbritanniens in der EU gestimmt hatte. In den Alterskohorten der 25- bis 49-Jährigen und der 50- bis 64-Jährigen nahm die Zustimmung zur EU dann allerdings rapide ab und lag nur noch bei 56 bzw. gar nur noch bei 44 %. Bei den Abstimmenden über 65 Jahren schließlich sprachen sich lediglich noch 39 % für die weitere Zugehörigkeit Großbritanniens zur EU aus.“ Allerdings war „ersichtlich, dass von den 18-bis 24-jährigen Abstimmungsberechtigten lediglich 36 % an dem Referendum teilnahmen, wohingegen 83 % der über 65-Jährigen abstimmten.“ Niedermeier/ Ridder 2017 (Anm. 3), S. 34.

- <sup>22</sup> Vgl. Sturm, Roland 2016: Uneiniges Königreich? Großbritannien nach dem Brexit-Votum, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 49-50, vom 5. Dezember, S. 17-23.
- <sup>23</sup> Sinn, Hans-Werner 2017: Die Bedeutung des Brexit für Deutschland und Europa, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. März, S. 19.
- <sup>24</sup> Ebenda.
- <sup>25</sup> Kielmansegg, Peter Graf 2015: Wohin des Wegs, Europa? Beiträge zu einer überfälligen Debatte, Baden-Baden: Nomos, S. 28 f., 98-110.
- <sup>26</sup> Z. B. von Platzer, Hans-Wolfgang 2014: Rolling back or expanding European integration? Barriers and paths to deepening democratic and social integration, in: International Policy Analysis of the Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, [library.fes.de/pdf-files/id/ipa/10527.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/10527.pdf).
- <sup>27</sup> Euro/Britisches Pfund, <http://www.wallstreet-online.de/devisen/euro-britisches-pfund-eur-gbp-kurs#:t:1y||s:lines||a:abs||v:day||ads:null>.
- <sup>28</sup> Rhodes, Martin 2016: Brexit – a disaster for Britain and for the European Union, in: Zimmermann/ Dür (Hg.) 2016 (Anm. 10), S. 252-257. Eine andere Auffassung vertritt Sked, Alan 2016: The case for Brexit: why Britain should leave the EU, in: Zimmermann/ Dür (Hg.) 2016 (Anm. 10), S. 258-264.
- <sup>29</sup> Hesse, Martin u.a. 2016: Schwarzer Donnerstag, in: Der Spiegel, Nr. 26, vom 25. Juni, S. 14-19, hier S. 18.
- <sup>30</sup> 130.000 von 243.000 qkm. Zum Vergleich: Die Fläche der BR Deutschland beträgt 357.000 qkm.
- <sup>31</sup> Federl, Fabian 2016: Unmut in Nordirland nach Brexit wächst, in: Der Tagesspiegel vom 25. Juni, <http://www.tagesspiegel.de/politik/nach-eu-referendum-unmut-in-nordirland-nach-brex-it-waechst/13788224.html>.
- <sup>32</sup> The Agreement. Agreement reached in the multi-party-negotiations, <http://cain.ulst.ac.uk/events/peace/docs/agreement.htm>.
- <sup>33</sup> Siehe Jürgen Moltmann 2013: Ein verquerer Frieden. Nordirland fünfzehn Jahre nach dem Belfast-Abkommen von 1998, HSFK-Report Nr. 5. Ders. 2015: Innerstaatliche Konflikte.Nordirland, <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54664/nordirland>.
- <sup>34</sup> Ponzano, Paolo 2016: After Brexit. What should the European Union do?, in: The Federalist Debate, Nr. 3, S. 44-47, hier S. 46.
- <sup>35</sup> Liebert, Ulrike 2016: European identity formation in (the crisis), in: Zimmermann/ Dür (Hg.) 2016 (Anm. 10), S. 98-106. Eine Gegenposition wird vertreten in: White, Jonathan 2016: A common European identity is an illusion, ebenda, S. 107-114.
- <sup>36</sup> 73 % der Briten unter 25 Jahren stimmten für einen Verbleib, 60 % der über 65 Jahren für einen Austritt. Allerdings gingen die Jungen viel seltener an die Wahlurnen als die Älteren, Oppermann 2016 (Anm. 19), S. 517, 528.
- <sup>37</sup> Diese Option besteht allerdings gar nicht als eine gemeinsame EU-Option, da mehrere Staaten, wie vor allem Spanien, selbst mit separatistischen Bewegungen zu kämpfen haben.
- <sup>38</sup> Damals trat das Autonome Gebiet Grönland aus der EWG aus, während Dänemark, zu dem es nach wie vor gehört, in ihr verblieb. So sollen nach schottischer Vorstellung England und Wales aus der EU austreten können, ohne daß dies etwas an der Mitgliedschaft Schottlands in der EU ändern soll.
- <sup>39</sup> Im Verwaltungsapparat Brüssel ist das Ausscheiden vieler Briten aus den Übersetzungsdiensten hingegen ein beträchtlicher Schaden, sofern sie nicht die Staatsangehörigkeit verbleibender EU-Staaten annehmen dürfen oder wollen.